

» DIE CORONAVIRUS-PANDEMIE STELLT UNS VOR GROSSE HERAUSFORDERUNGEN

In Deutschland und vielen anderen Ländern werden drastische Maßnahmen beschlossen, um die Ausbreitung des Coronavirus zu verlangsamen. Dies hat viele wirtschaftliche und soziale Folgewirkungen.

Die Coronakrise betrifft ganz Europa. Viele Mitgliedstaaten haben Grenzkontrollen eingeführt und damit die Reisefreiheit in der Europäischen Union vorübergehend eingeschränkt. Gleichzeitig gibt es gemeinsame europäische Anstrengungen zur Bewältigung der Pandemie. Die Entwicklung von Coronavirus-Tests und Impfstoffen wird mit europäischen Forschungsgeldern finanziert. Die Europäische Zentralbank gibt den Mitgliedsländern, insbesondere auch dem stark betroffenen Italien, finanziellen Spielraum, um die sozialen und wirtschaftlichen Folgen abzufedern.

Digitale Europawoche vom 2. bis 10. Mai 2020

Aufgrund der Kontaktbeschränkungen in der Coronakrise wird die Europawoche 2020 in digitaler Form stattfinden.

Die diesjährige digitale Europawoche widmet sich neben den aktuellen Herausforderungen der Coronakrise dem Thema „Aufbruch in die Zukunft“. Mit dem European Green Deal und den Prioritäten zum digitalen Zeitalter ist die EU auf dem Weg in eine klimaneutrale und digitale Zukunft. Dies sind grundlegende Themen des 21. Jahrhunderts, die ein gemeinsames Handeln in Europa erfordern.

Ich wünsche Ihnen eine spannende digitale Europawoche 2020.

Dr. Peter Tschentscher

Hamburgs Erster Bürgermeister
April 2020



Foto: © Senatskanzlei/Ronald Sawatzki

Impressum: Die digitalen Angebote finden Sie unter www.hamburg.de/europawoche. Den Inhalt aller Namensbeiträge verantworten die Autoren.

Herausgeber: Europa-Union Landesverband Hamburg e.V., Adolphsplatz 1, 20457 Hamburg, Tel: 040/34 41 42, info@europa-union-hamburg.de, www.europa-union-hamburg.de

Senat der Freien und Hansestadt Hamburg, Senatskanzlei – Staatsamt – Referat Europapolitik, europaangelegenheiten-sk@sk.hamburg.de, Tel: 040/428 31-24 56, V.i.S.d.P.: Dr. Stefanie Wodrig

Redaktion: Dipl.-Pol. Oliver Ristau, **Layout:** Sibylle Bauhaus, **Druck:** Media Print, Westerrönfeld Auflagenhöhe: 50.000, Stand: 6. April 2020



» Europäische Errungenschaften erhalten

Europa befindet sich in Unruhe: Der Brexit im Januar dieses Jahres und nicht zuletzt die Corona-Pandemie rütteln an den Grundfesten des europäischen Hauses. Das, was bisher als selbstverständlich galt, zeigt sich zerbrechlich, vergänglich. Die Krisen verdeutlichen, dass die europäischen Errungenschaften verteidigt werden müssen.

Hierzu zählen der gemeinsame Binnenmarkt, der einen freien Verkehr von Personen, Dienstleistungen, Waren und Kapital zwischen den Mitgliedstaaten ermöglicht und in erheblichem Maße zum Wohlstand in der EU beigetragen hat. Gleichzeitig schützen uns die hohen Umwelt- und Verbraucherstandards der EU in unserem Alltag. Der Wegfall von Personenkontrollen im Schengen-Raum gewährleistet ein unkompliziertes Reisen, die Vorteile der gemeinsamen Währung genießen wir ebenfalls. Und das ERASMUS-Programm ermöglicht jungen Menschen seit mehr als 30 Jahren die Ausbildung im EU-Ausland. Vor allem bedeutet der europäische Integrationsprozess eine lange Phase des Friedens.

Auch auf der lokalen Ebene sind diese Errungenschaften spürbar. Hamburg

profitiert nicht nur in besonderem Maße vom Binnenmarkt, sondern auch von den Fördermitteln der EU. Insgesamt fließen in der aktuellen Förderperiode – 2014 bis 2020 – 350 Millionen Euro in die Hansestadt. Viele Hamburgerinnen und Hamburger genießen selbstverständlich die Freiheit,



Sabine Steppat, Vorsitzende des Hamburger Landesverbandes der Europa-Union Deutschland

ins europäische Ausland zu reisen, zu studieren oder zu arbeiten. Diese Errungenschaften gilt es zu verteidigen, gerade in Krisenzeiten. Die Corona-Pandemie stellt eine Bewährungsprobe für den europäischen Zusammenhalt dar, nationale Alleingänge und die Schließung von Grenzen schaden. Vielmehr ist es Zeit für ein gemeinsames Vorgehen bei der Suche nach Impfstoffen und Wirkstoffen gegen das Virus und die Behandlung der Erkrankten. In Zeiten der Krise sollte die Antwort mehr und nicht weniger Zusammenhalt lauten – Solidarität ist gefordert.

Das Aushebeln rechtstaatlicher Prinzipien in Ungarn stellt ein Beispiel der weitreichenden Konsequenzen der Corona-Krise sowie der Gefahr des Rückzugs auf die nationale Ebene dar,

der verhindert werden muss – gerade in Krisenzeiten braucht Europa mehr Demokratie. Denn die EU gründet auf gemeinsamen Werten, zu unserem Wertekanon zählen unter anderem die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte. Sie bilden das Fundament unserer europäischen Gesellschaften, in denen bürgerschaftliches Engagement geschützt und gefördert wird – auch und besonders in Krisenzeiten. Der Zivilgesellschaft kommt hierbei eine besondere Rolle zu: die einer Plattform für Hoffnung und konkreten Zusammenhalt.

AUFBRUCH IN DIE ZUKUNFT

Passt das Leitmotiv noch zur aktuellen Lage?

Noch vor wenigen Wochen standen die Ziele und politischen Leitlinien der neuen Kommission unter Präsidentin Ursula von der Leyen im Mittelpunkt von so gut wie jeder europapolitischen Diskussion.

Mit dem Ausbruch der Corona-Pandemie und den zahlreichen Maßnahmen zu deren Eindämmung ist das öffentliche und wirtschaftliche Leben nun in den meisten europäischen Ländern stark eingeschränkt. Noch ist nicht abzusehen, wann die ersten Schritte in Richtung Normalität zu erwarten sind und wie lange es dauert, bis sich Europa von den tiefen Einschnitten erholen wird. Dies hat auch Auswirkungen auf die Prioritäten der neuen Kommission: Statt sich mit voller Kraft den Zukunftsfragen wie

Klimaschutz und Digitalisierung zu widmen, stehen jetzt die aktuelle Lage und deren Folgen im Fokus.

Die neue Kommission hat sich viel vorgenommen. Zusammen mit ihren 26 Kommissarinnen und Kommissaren will die Präsidentin Europa in zentralen Zukunftsfragen neu aufstellen. Die EU soll bürgernäher, digitaler, gerechter, ökologischer, stärker und sicherer werden. Insgesamt wurden dazu sechs zentrale Themenfelder aufgeworfen. Mit dem European Green Deal soll Europa beim Klimaschutz weltweit mit anspruchsvollen Zielen vorangehen. Die Kommission zeichnet damit den Weg zu einem klimaneutralen Kontinent im

EU: klimaneutraler Kontinent im Jahr 2050

Jahr 2050. Die Chancen der Digitalisierung sollen konsequenter genutzt und zugleich politisch begleitet werden. Die Kommission will zudem die Arbeitnehmer stärken. Die Wirtschaft soll nicht Selbstzweck sein, sondern für die Menschen da sein. Akzeptanz ist für die EU eine Funktionsbedingung. Um die Demokratie lebendig zu halten und zu stärken, sollen sich Bürgerinnen und Bürger mehr einbringen können. Um es mit Kriminalität, Terrorismus und Bedrohungen im Netz aufzunehmen und Migration besser zu organisieren, will die Kommission Rechtsstaatlichkeit und die gemeinsame Sicherheit stärken. In der internationalen Politik soll Europa außerdem eine stärkere Rolle einnehmen und sich für einen fairen und offenen Welthandel einsetzen.

Auch die Europawoche, so unser Plan, hätte ganz im Zeichen des Aufbruchs in die Zukunft stehen sollen, so wie es die neue Kommission verkündet hat. Dies zeigt sich in einer Reihe von informativen Artikeln zu den politischen Leitlinien der neuen Kommission, die sich in diesem Magazin finden. Gleichwohl können die über 90 Veranstaltungen nicht in der geplanten Form stattfinden. Die besonderen Umstände der Corona-Pandemie zwingen uns zu Änderungen.

In besonderen Umständen liegen aber auch besondere Chancen. So ist es gerade auch in der aktuellen Situation wichtig, sich weiterhin über Themen der EU zu informieren, gemeinsame Ideen zu entwickeln und den europapolitischen Diskurs zu führen. Wie Hamburgs Erster Bürgermeister Dr. Peter Tschentscher sagt, wird Europa auch zur Lösung der aktuellen Herausforderungen beitragen. Außerdem werden die von der Kommission angestrebten Veränderungen spätestens nach dem Ende der Pandemie ihre Wirkung erzielen.

Digitale Europawoche: in den Umständen liegen auch Chancen

Demensprechend wollen wir gerade jetzt einen Beitrag zur europapolitischen Öffentlichkeit leisten. Mit unseren Partnern wollen wir digitale Informations- und Diskussionsformate anbieten, um allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern eine innovative Europawoche zu bieten. In der Europa-

woche 2020 soll es nicht nur um die aktuelle Situation während der Corona-Pandemie gehen. Wir wollen gerade jetzt die zentralen europäischen Ideen und Vorschläge in den Mittelpunkt stellen.

Auf der Webseite www.hamburg.de/europawoche können Sie sich über das Programm der digitalen Europawoche informieren. Wir laden Sie herzlich ein, dabei zu sein.



EIN GUTER DEAL FÜR HAMBURG UND EUROPA

Die EU-Kommission will mit dem Green Deal Europa zum führenden Kontinent im Klimaschutz machen. Hamburg zeigt heute schon, wie das aussehen kann.

Es ist nur ein grüner Kasten, der da vor den Windrädern in Neuengamme steht – von außen betrachtet ganz unspektakulär. Doch innen zeigt er die Zukunft. Er ist voll gepackt mit Batterien, die Windstrom speichern können. Die Speicher sind Teil des Vorzeigeprojekts Norddeutsche Energiewende (NEW 4.0): Der in Schleswig-Holstein erzeugte Strom wird hier mit dem Bedarf in Hamburg gekoppelt.

So etwas plant auch die EU, und zwar in ganz großen Dimensionen. Mit dem Green Deal und einem Multi-Milliarden-Investitionspaket will sie die Gemeinschaft fit machen, um 2050 die Klimaneutralität zu erreichen. Das heißt, dass in Europa keine Treibhausgase mehr ausstoßen werden sollen, die nicht an anderer Stelle kompensiert werden. Um das rechtsverbindlich zu machen, beschließt das Parlament ein EU-Klimaschutzgesetz.

Dazu sollen Europas Unternehmen entscheidend beitragen und führend in grüner Spitzentechnologie, wie Batterien oder Wasserstoff, werden. Das ist wichtig, um neben dem Strom auch die Wärmegewinnung und Industrieprozesse klimaneutral gestalten zu

können. Und zugleich, um Arbeitsplätze für die Menschen zu schaffen. Nur dann ist die Akzeptanz der Bevölkerung für den nachhaltigen Umbau auf Dauer sicher.

Europa hilft Hamburg heute schon dabei, intelligente Lösungen zu entwickeln.

Im Bereich Verkehr wird eine dieser Lösungen im INTER-REG-Europe Projekt SMOOTH PORTS entwickelt. Es geht darum, die Klimagasemissionen wie Kohlendioxid in den Häfen zu senken. Hamburg hat die Führung des Vorhabens inne und kooperiert mit Häfen in Bulgarien, Frankreich und Italien. In der Hansestadt geht es unter anderem um die Frage, wie die vielen LKW-Fahrten im Hafen durch intelligente Verkehrswegeplanung und verbesserte Warenabfertigungsprozesse reduziert werden können. In der optimierten Logistik besteht ein großes Potenzial, die Treibhausgase zu reduzieren. Dafür arbeiten öffentliche Verwaltungen, der Hafen und die Logistikunternehmen eng zusammen.

» EIN BEISPIEL, WIE DIE ENERGIEWENDE FUNKTIONIERT

Die EU-Kommission plant mit dem Green Deal den Umstieg auf eine klimaneutrale Wirtschaft. Herr Beba, was machen Sie in Hamburg dafür?

Vieles, was wir in unseren Projekten tun, entspricht exakt den Zielen der EU. Die Kommission verfolgt mit dem European Green Deal einen ganzheitlichen Ansatz, der alle Bereiche der Wirtschaft miteinbezieht, die Klimagase emittieren. Das ist auch bei der Norddeutschen Energiewende (NEW 4.0) und dem Norddeutschen Reallabor der Fall.

Was machen Sie bei NEW 4.0 genau?

Wir haben bisher mehr als 80 Teilprojekte mit 20 Demonstrationsanlagen in Schleswig-Holstein und Hamburg umgesetzt. Darunter sind zum Beispiel Batteriespeicher und Wasserstoffanlagen. Die sind alle im Betrieb. Im Kern geht es darum, den Wind-

strom, den Schleswig-Holstein erzeugt, mit dem Bedarf in Hamburg zusammenzubringen. Hamburg braucht grünen Strom für die Klimaneutralität. Große Städte können Energie nicht in großen Mengen selbst erzeugen. Aber sie können diese speichern und ihren Verbrauch anpassen, so wie die Hamburger Industrie. Allein die drei großen Metallerzeuger im Hafen sind für ein Viertel des Hamburger Strombedarfs verantwortlich. Sie sind alle bei NEW 4.0 mit dabei und passen ihre Prozesse teils schon heute auf das Angebot an Windstrom an.

Und das Reallabor knüpft ab Ende 2020 daran an?

Dabei geht es vor allem um den Einsatz von Wasserstoff. Wird das Gas mit regenerativem Strom erzeugt, ist es ein nachhaltiger Energieträger für alle Sektoren. Grüner Wasserstoff kann über eine Brennstoffzelle Strom



Werner Beba ist Professor an der HAW Hamburg und Leiter des Competence Centers Erneuerbare Energien und Energieeffizienz (CC4E). Er koordiniert außerdem Hamburgs größtes Energiewende-Projekt NEW 4.0 und das Verbundprojekt Norddeutsches Reallabor.

und Wärme erzeugen, als Kraftstoff zum Beispiel für LKWs dienen und in der Industrie Wasserstoff aus Erdgas ersetzen. Wir erwarten, dass wir mit dem Vorhaben jedes Jahr eine halbe Million Tonnen Kohlendioxid einsparen. Perspektivisch können wir mit unserem Reallabor den Aufbau einer erfolgreichen regionalen Wasserstoffwirtschaft anstoßen.

Was sind außerdem die Vorteile für Hamburg?

Forscher und Unternehmen haben hier dank NEW 4.0 schon ein tiefes Verständnis für die notwendigen Prozesse der Energiewende gewonnen. Das schafft uns einen Innovationsvorsprung. Wir sind Vorreiter. Die hiesigen Unternehmen können Europa ein Beispiel dafür geben, wie die Dekarbonisierung der Industrie und der Umbau der Wirtschaft auf Klimaneutralität funktionieren.



AUS ALT WIRD NEU

Für die EU ist Kreislaufwirtschaft eine der wichtigen Zukunftsaufgaben. Und so unterstützt sie Hamburg dabei, dass alte Elektrogeräte ein zweites Leben bekommen und aus Bauschutt aus Abbruchhäusern ein europaweit einzigartiger Neubau wird.

Sechs Euro für eine Computertastatur, der Flachbildfernseher kostet 59 Euro. Kein Wunder, dass sich die Besucher in der Stilbruch-Filiale in Harburg drängeln.

„Manche Kunden warten schon vor der Filiale, wenn wir morgens öffnen.

Wir bekommen jeden Tag neue Ware“, erzählt Mitarbeiterin Mary-Grace Bastürk. Sie suchen nach aufbereiteten Elektrogeräten, die die Stadtreinigung Hamburg auf ihren Recyclinghöfen sammelt. Elektriker von Stilbruch haben die Stücke repariert und auf Herz und Nieren geprüft. Ein kleines Siegel auf den Geräten verrät das. „Am besten laufen Tischleuchten und Computerzubehör“, sagt Frau Bastürk. Es gibt auch Staubsauger, Mikrowellen und

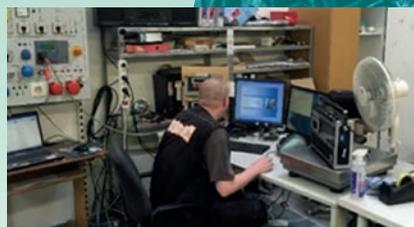
Lautsprecher im Angebot. Selbst eine E-Gitarre ist zu finden. Die alten Elektrogeräte zu sammeln und wieder in Wert zu setzen, das fördert die EU mit dem Projekt FORCE.

FORCE: Elektrogeräte sammeln und wieder in Wert setzen

Neben Hamburg nehmen Kopenhagen, Genua und Lissabon daran teil. Grundidee ist, die Kreislaufwirtschaft in den Städten zu stärken. Das heißt, weitaus mehr Abfälle als bisher zu sammeln und lokal wiederzuverwerten. Jede Stadt kümmert sich um andere Wertstoffe, die im Müll landen – Kopenhagen um Plastik, Genua um Holz, Hamburg um Elektroschrott und Lissabon um Biomüll.

Um die Bürgerinnen und Bürger zu bewegen, mehr Elektroschrott an den richtigen Sammelstellen abzugeben, hat die Stadtreinigung in Hamburg rund 120 Container für elektronische Kleingeräte wie Rasierer, Toaster oder Telefone aufgestellt. Sie warnt zudem vor dubiosen Händlern, die oft vor den Toren der Sammelstellen lauern, um Geräte zum Beispiel weiter nach Afrika zu verkaufen, wo sie am Ende auf wilden Müllkippen landen. Die Aufbereitung alter Elektrogeräte bringt neben ökologischen auch soziale Vorteile. Stilbruch konnte so zehn neue Jobs schaffen.

Neben FORCE fördert die EU weitere bedeutende Projekte, die die Kreislaufwirtschaft in Hamburg voranbringen. Mit dem Vorhaben CIRCulT etwa will Hamburg zeigen, dass sich aus Bauabfällen sichere und ansprechende neue Häuser bauen lassen.



Geräteprüfung in der Elektrowerkstatt von Stilbruch



Berge von alten IT-Geräten vor der Aufgabe in den Schredder bzw. Schmelzofen



» EIN EINZIGARTIGES PROJEKT IN HAMBURG

In dem europäischen Recyclingprojekt CIRCulT entwickelt die Technische Universität Standards für die Wiederverwertung von Bauschutt. Ein Neubau in Wilhelmsburg soll das demonstrieren.

Was ist das Besondere an dem EU-Projekt CIRCulT, Frau Kuchta?

Es geht darum, Städte zirkulär zu gestalten, Stoffströme lokal zu schließen, und zwar in der Bauwirtschaft.

Warum ist das wichtig?

Wir haben in Hamburg jährlich acht Millionen Tonnen Bauabfälle. Denen stehen 15 Millionen Tonnen gegenüber, die an neuen Baustoffen gebraucht werden. Wenn wir die Bauabfälle alle aufbereiten könnten, würden wir erheblich Energie einsparen. Ressourcen wie Sand und Kies sind in vielen Teilen der Welt längst knapp geworden. Bisher aber werden die Baureste auf Deponien gefahren oder für Downcycling-Lösungen wie Dämme oder Straßenunterbau verwendet. In Deutschland macht der Bauschutt 50 Prozent aller Abfälle aus.

Und in Hamburg wollen Sie zeigen, dass das funktioniert?

Wir entwickeln Standards, auf deren Basis Hamburg und andere Städte künftig einfach Häuser aus Recycling-Baustoffen bauen können. Es gibt noch viele Vorbehalte, dass die Qualität nicht stimmt, dass die Stoffe kontaminiert seien. Damit wollen wir aufräumen und zeigen, dass Recyclingbaustoffe sicher und umweltverträglich sind.

Was planen Sie konkret?

Im neuen Wilhelmsburger Rathausviertel planen wir ein mehrgeschossiges Gebäude, um in diesem ein altes Brückenbauwerk zu integrieren. 50 Prozent der Baustoffe sollen aus ehemaligen Bauabfällen stammen. Die Gewinnung der Abbruchmaterialien und die Herstellung des Recyclingbetons übernehmen Hamburger Bauspezialisten. Die Firma Otto Wulff soll das Gebäude ab 2021 schließlich realisieren, in dem es verschiedene Wohnformen, Cafés und Läden geben wird.

Gibt es vergleichbare Vorhaben?

Das ist ein einzigartiges Projekt, das die EU fördert und an dem noch London, Kopenhagen, Helsinki und weitere EU-Städte mitwirken. Wir schaffen in Hamburg eine Art Blaupause, die künftig in Bauordnungen einfließen und überall als Leitlinie für den Einsatz von Recyclingbaumaterialien dienen kann.



Kerstin Kuchta ist Professorin für Abfallressourcenwirtschaft an der Technischen Universität Hamburg



FACHKRÄFTE BEGEISTERT VON EUROPA

Aufgrund der Corona-Pandemie haben viele ESF-Projekte ihre Angebote auch auf digitale Formate umgestellt oder erweitert.

Der Europäische Sozialfonds (ESF) fördert Projekte zur beruflichen Bildung und Integration. In Hamburg profitieren davon in der laufenden Förderperiode mehr als 43.000 Menschen.

Der Fachkräftemangel ist ein Dauerthema. Die EU hilft über den Europäischen Sozialfonds mit, diese Knappheit in Hamburg zu mindern. Zum Beispiel mit dem Vorhaben „Integrierte Nachwuchsgewinnung im Handwerk“, einem von mehr als 30 Vorhaben, die der ESF derzeit in Hamburg fördert. Das soll Schulabgängerinnen und Schulabgänger für eine duale Ausbildung begeistern. Es vernetzt Schulen und Betriebe und ermöglicht ihnen, Praxiserfahrungen zu sammeln. So zeigt es Zukunftschancen für das Handwerk auf.

Mit dem Projekt „Come In“ erhalten Jugendliche, die sich in schwierigen Lebenssituationen befinden, unvoreingenommene Unterstützung. Es hilft bei Wohnungssuche oder Schuldenregulierung, ebenso wie bei beruflicher Orientierung und dem Beginn einer Ausbildung. Europa eröffnet auch über das Projekt „Chancengenerator“ Perspektiven. Es begleitet junge Geflüchtete individuell und bei Bedarf in ihrer Herkunftssprache. Ziel ist es, ihnen eine optimale Qualifizierung zu geben und den Einstieg in Ausbildung oder Arbeit zu ermöglichen.

Bis zum Ende der Förderperiode 2020 werden mehr als 43.000 Bürgerinnen und Bürger von den Maßnahmen unmittelbar profitieren, knapp die Hälfte von ihnen Frauen. Unmittelbar nach der Teilnahme an einem der Projekte

hatten bis Ende 2018 rund 13.007 Menschen eine zertifizierte Qualifizierung erlangt, knapp 3.400 Jugendliche befanden sich in Ausbildung und rund 2.100 waren in Arbeit vermittelt.

ESF

Der Europäische Sozialfonds

hat bis 2016 43 Projekte in Hamburg finanziert, mehr als 30 sind es aktuell. In der aktuellen ESF-Förderperiode von 2014 bis 2020 stellt Brüssel der Hansestadt 78 Millionen Euro zur Verfügung, die Stadt stockt die Mittel um den gleichen Betrag auf. Gemeinsam investieren die EU und Hamburg so in die Zukunft der Menschen, die hier leben und arbeiten.

www.esf-hamburg.de

Ein neues Quartier in der Hafen-City bezieht künftig seine Wärme von Europas größtem Kupfererzeuger Aurubis.



EUROPA SORGT FÜR KLIMAFREUNDLICHE WÄRME

Der europäische Förderfonds EFRE hat in den letzten Jahren zahlreiche Projekte gefördert, welche Hamburgs Klimaschutzpläne gut unterstützen und Hamburgs Wirtschaft ankurbeln. Dazu zählt das Konzept, die östliche Hafen-City mit Industrieabwärme aus dem Hafen zu heizen.

Es ist eine starke Bilanz für Hamburg: Der EFRE hat in der aktuellen Förderperiode 70 Unternehmen bei innovativen Vorhaben unterstützt. Zudem profitierten 16 Start-Ups über einen eigenen Innovationsstartersfonds von diesen Fördermitteln. Viele Projekte dienen neben dem Klimaschutz gleichzeitig den Interessen von Mensch, Wirtschaft und Wissenschaft in der Hansestadt. Dabei geht es meist um die Entwicklung und Anwendung neuer Technologien und Ideen.

Wie etwa im letzten Jahr, als der Startschuss für ein herausragendes Konzept zur Wärmeversorgung in Europa fiel. Ein neues Quartier in der Hafen-City bezieht künftig seine Wärme von Europas größtem Kupfererzeuger Aurubis. Bei der Kupferproduktion auf der Peute-Insel im Hamburger Hafen entstehen große Mengen an Abwärme. Diese wird jetzt sinnvoll eingesetzt und beheizt die Häuser in der östlichen Hafen-City. EFRE unterstützt den Bau einer hierfür notwendigen Wärmzentrale des Energieversorgers Enercity mit knapp drei Millionen Euro. Das Vorhaben ist eines der größten seiner Art in Deutschland. Es reduziert Hamburgs Ausstoß an Kohlendioxid um jährlich 10.000 Tonnen Kohlendioxid und hilft Hamburg damit, die Klimaschutzziele zu erreichen. Insgesamt sparen alle von EFRE

zwischen 2014 bis 2020 bisher geförderten Projekte Treibhausgase in einer Größenordnung von knapp 40.000 Tonnen im Jahr ein.

EFRE

Der Europäische Fonds für regionale Entwicklung

fördert die Entwicklung und den Zusammenhalt aller europäischer Regionen. Hamburg fließen daraus in der Förderperiode 2014 bis 2020 gut 55 Millionen Euro zu. Die Mittel dienen dazu, die Klimabilanz und Innovationskraft vor allem der mittelständischen Wirtschaft in Hamburg zu stärken.

www.hamburg.de/efre

2050 – Beschreibe Dein zukünftiges Europa

Die neue EU-Kommission hat 2050 als das Jahr definiert, bis zu dem Europa klimaneutral sein soll. Auf dem Weg dahin werden sich unsere Gesellschaften und Lebensbedingungen stark verändern. Erzähle uns Deine Version des Jahres 2050.

Wie machst Du mit? Schreibe einen Text in französischer Sprache (max. 1.000 Wörter). Alle Genres sind erlaubt. Einsendeschluss ist am 31.8.2020. Als Preise winken Bücher und Überraschungen.

Nähere Infos findest Du unter: www.hamburg.institutfrancais.de

Cities4People – Menschen gestalten ihren Kiez

Partizipation ist nichts Neues in der EU. Das zeigen die Bürgerdialoge, die in den letzten Jahren verstärkt in Europa stattgefunden haben. Wie zum Beispiel das EU-Horizon2020-Projekt Cities4People. In fünf Städten haben Anwohnerinnen und Anwohner über Lösungen ihrer Mobilitätsbedürfnisse beraten. Neben Budapest in Ungarn, Oxfordshire in Großbritannien, dem griechischen Trikala und dem türkischen Üsküdar war auch Hamburg-Altona dabei. Das Bezirksamt Altona, die HafenCity Universität und die Hamburger Senatskanzlei koordinieren das hiesige Projekt.

Altonas Gegenwart ist geprägt von großem städtebaulichen Wandel: auf der einen Seite erneuert die Neue Mitte Altona rund um den früheren Güterbahnhof den Stadtteil; auf der anderen Seite verändern Zuzug und Gentrifizierung Altona. Mit Cities4People waren die Anwohnerinnen und Anwohner aufgerufen, ihre Ideen zur Mobilität einzubringen. In verschiedenen Workshops hoben sie so zum Beispiel einen Mangel an Fahrradstellplätzen und an Sharing-Angeboten auf die Agenda. Immer wieder mahnten sie außerdem mehr Sicherheit für Fußgängerinnen und Fußgänger sowie Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer an.

**BÜRGERINNEN UND BÜRGER
REDEN MIT**

Mit der Zukunftskonferenz will die EU ihren Bürgerinnen und Bürgern mehr Gehör schenken: Damit deren Vorstellungen in die Weiterentwicklung Europas einfließen können.

Bürgernähe ist wichtig für authentische Politik. Darüber hat sich die neue EU-Kommission viele Gedanken gemacht. Sie weiß, wie wichtig es ist, Bürgerinnen und Bürger auf dem Weg in die europäische Zukunft mitzunehmen. Denn nur, wer unser aller Anliegen ernst nimmt, der macht uns zu dauerhaften Verbündeten für die europäische Idee. Nur wer uns mitreden und mitentscheiden lässt, kann eine wirksame

Phalanx gegen den Populismus bilden, der mit Nationalismus und Fake-News Front gegen Europa macht.

Der Weg ist Teil des Ziels: Auf einer Zukunftskonferenz will die EU in den kommenden Jahren von den Bürgerinnen und Bürgern lernen. Eine Zeit des Zuhörens soll es werden, des gegenseitigen Verstehens. Und ein offener Prozess.

Die Konferenz will Europa in seiner Vielfalt repräsentieren. Bürgerinnen und Bürger aus allen Mitgliedstaaten sind dabei, repräsentativ vertreten nach Geschlecht und Milieu. Sie begegnen anderen Akteurinnen und Akteuren der Zivilgesellschaft, Nichtregierungsorganisationen und Universitäten. Dazu kommen Vertreterinnen und Vertreter der drei zentralen politischen Institutionen der EU: von Parlament, Rat und Kommission.

Die Botschaft an die Bürgerinnen und Bürger ist klar: Sie sollen im Mittelpunkt der Konferenz stehen. Die Zukunftskonferenz soll sich auf Themen fokussieren, die für sie von tatsächlicher Bedeutung sind. Und sie soll konkrete Ergebnisse liefern – Resultate, die mittel- und langfristig zur Entwicklung der EU-Politik beitragen. Das ist gerade in einer Zeit wichtig, in der Europa nach dem Austritt Großbritanniens neu in die Zukunft aufbricht.

Ich engagiere mich für mein Europa...

... weil wir beim Europäischen Jugendparlament in Deutschland e.V. (EJP) den inhaltlichen und kulturellen Austausch junger Menschen durch interaktive, europapolitische Bildungsarbeit fördern. Mit der Arbeit in 40 Ländern motivieren wir zu mehr gesellschaftlichem und politischem Engagement und stärken das europäische Bewusstsein über die EU hinaus. Für mich und viele andere junge Menschen ist selbstverständlich, dass wir als Kontinent in vielerlei Hinsicht gemeinsam agieren müssen und das EJP setzt sich dafür ein, dieses Verständnis deutschland- und europaweit zu etablieren.

Kira Lange, Europäisches Jugendparlament in Deutschland

EU-RATSPRÄSIDENTSCHAFT DEUTSCHLAND

Wenn Hamburg Europas Weichen stellt

Nach 13 Jahren ist es wieder so weit: Deutschland übernimmt vom 1. Juli an für ein halbes Jahr die EU-Ratspräsidentschaft. Auch Hamburg wird Gastgeber einer Reihe wichtiger Treffen.

Was bedeutet das überhaupt, die EU-Ratspräsidentschaft?

Der Ministerrat ist neben dem Parlament in Straßburg und der Kommission in Brüssel eines von drei zentralen Gremien, die die Politik der EU bestimmen (siehe Kasten). Je nach Thema, um das es geht, treffen sich im Rat die jeweiligen Fachminister der EU-Mitglieder. Dreht es sich um die Landwirtschaft, kommen alle Chefs der Agrarressorts zusammen. Geht es um die Gewässerqualität, treffen im Rat alle Umweltminister zusammen. So repräsentiert der Rat stets die, je nach Aufgabe, höchste politische Fachautorität eines Landes.

Nun braucht solch ein Gremium aus 27 Mitgliedern eine Leitung, die sich um Koordination, Organisation und Themensetzung kümmert. Dieser Vorsitz ist gleichbedeutend mit der Ratspräsidentschaft und wechselt jedes halbe Jahr. Jedes Mitgliedsland ist nacheinander an der Reihe. Deutschland hatte die Präsidentschaft zuletzt 2007 inne. Seit dem Vertrag von Lissabon 2014 arbeiten immer drei Staaten in einer Dreier-Kooperation zusammen, der sogenannten Trio-Präsidentschaft. Das sind neben dem Land der aktuellen Ratspräsidentschaft die beiden Staaten, die als nächste folgen. Aktuell sind es also Kroatien als amtierender Ratsvorsitzender im ersten Halbjahr

2020, Deutschland und der Nachfolger Portugal. In der Zeit der deutschen Ratspräsidentschaft werden es Deutschland, Portugal und Slowenien sein. Vertreter dieser Länder treffen sich regelmäßig zum Austausch.

Was passiert während der Ratspräsidentschaft?

Sie ist zunächst einmal mit viel Organisation verbunden. Das Land muss sämtliche Treffen des Ministerrates moderieren und leiten. Das erfordert auch logistischen Einsatz, denn viele der regelmäßigen EU-Zusammenkünfte finden dann in dem Land der Präsidentschaft statt. Deutschland will dabei seine Vielfalt zeigen. Nicht nur die Hauptstadt, sondern auch viele Bundesländer und Städte werden Gastgeber sein.

In Abstimmung mit den Plänen der EU-Kommission stellt das vorsitzende Land vor Beginn seiner Amtsgeschäfte ein Programm mit eigenen Schwerpunkten vor. Ein Land kann so „seine“ Themen vorrangig auf die Agenda setzen.

Deutschland hat sich wichtige Themen vorgenommen. Das betrifft zum Beispiel die Klima- und Umweltpolitik. Deutschland will bei der Energiewende Vorreiter sein und könnte gemeinsam mit der EU-Kommission und dem Green Deal den Wandel in Richtung Klimaneutralität entscheidend voranbringen. Außerdem sind der Verbraucherschutz und die Stadtentwicklung zentrale Themen.

Im Blickpunkt der deutschen Ratspräsidentschaft steht außerdem die Wirt-

schaftspolitik. Das betrifft zum einen Standards wie Mindestlöhne und eine soziale Grundsicherung, aber auch den Kampf gegen Steuerflucht. Zum anderen geht es um die Beziehungen zum Rest der Welt. Deutschland will dazu beitragen, dass die EU in internationalen Handelsangelegenheiten geschlossen und mit einer Stimme auftritt. So soll die EU im eigenen Interesse ein wirksames Gegengewicht zu anderen Akteuren wie den USA und China bilden.

Den Beziehungen zu China widmet sich auch die Außenpolitik während der deutschen Präsidentschaft. In Leipzig soll im November deshalb der EU-China-Gipfel stattfinden. Darüber hinaus geht es auch um einheitliche politische Positionen gegenüber den USA und Russland.

Und Hamburg?

In Hamburg sind Treffen auf verschiedenen Ebenen geplant. So soll die Hansestadt Gastgeber der Konferenz des European Social Networks sein, ebenso wie für Treffen in den Politikbereichen Außen- und Sicherheitspolitik, Wissenschaft sowie Nachhaltigkeit. So wird zum Beispiel in Hamburg diskutiert, wie die Schifffahrt grüner werden kann. Auch soll der Ausschuss der Ständigen Vertreter der Regierungen der EU-Mitgliedstaaten Hamburg besuchen. Dabei handelt es sich um das wichtigste Vorbereitungsorgan des Rates. Ebenfalls trifft sich hier die Ratsarbeitsgruppe Lateinamerika und Karibik.

Der Rat der Europäischen Union

Der Rat der Europäischen Union (Ministerrat der EU) mit Sitz in Brüssel ist Vertretung der Regierungen der einzelnen Mitgliedstaaten. Nicht zu verwechseln mit dem Europäischen Rat, dem Treffen der Staats- und Regierungschefs aller EU-Staaten. Gemeinsam mit dem Europäischen Parlament beschließt der Ministerrat die EU-Gesetze und Rechtsvorschriften. Er vertritt die EU zudem bei Verhandlungen mit Dritten nach außen und koordiniert die Außen- und Sicherheitspolitik im Auftrag des Europäischen Rates.



ABGEORDNETE FÜR HAMBURG IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

Was bedeutet für Sie Europas Aufbruch in die Zukunft?

Bernd Lange, SPD

Liebe Hamburgerinnen und Hamburger, der Ozean der Globalisierung ist stürmisch. Das zeigt nicht zuletzt die Handelspolitik von US-Präsident Trump, der die Stärke des Rechts durch das Recht des Dschungels ersetzen will. Die EU ist jedoch ein großer Tanker und keineswegs gezwungen, dem Sturm tatenlos zuzusehen. Im Gegenteil: Wir müssen vorangehen und eigene Maßstäbe setzen, wenn wir die Globalisierung gestalten wollen. Eine Hafenstadt wie Hamburg betrifft das ganz besonders. Statt uns abzuschotten, gehen wir offen auf Partner zu und schließen neue Handelsabkommen. Diese Offenheit verbinden wir mit klaren Vorgaben für Nachhaltigkeit, Umweltschutz und Arbeitnehmerrechte. Diesbezüglich haben wir im Europaparlament bereits einiges erreicht. In Deutschland arbeitet Bundesarbeitsminister Heil an einem Lieferkettengesetz, das Unternehmen zur Einhaltung von Standards in ihrer gesamten Lieferkette verpflichtet. Ein solches Gesetz auf europäischer Ebene wäre ein starkes Zeichen für freien und fairen Handel.



Als Vorsitzender des Handelsausschusses im Europäischen Parlament möchte ich, dass wir zuversichtlich Kurs Richtung Zukunft halten können: indem wir die Globalisierung, die oft noch stürmisch ist, fair und nachhaltig gestalten. Das können wir nur gemeinsam als Europäerinnen und Europäer.

Dr. Sergey Lagodinsky Bündnis 90/Die Grünen

Manchmal fühlt es sich so an, als nähmen die schlechten Nachrichten gar kein Ende. Sei es die dramatische humanitäre Lage an den Außengrenzen der EU oder auch die Verschleppung einer effektiven Bekämpfung des Klimawandels. Klar ist, dass wir im Jahr 2020 vor enormen Herausforderungen stehen. Ich glaube: Wir schaffen das – und zwar gemeinsam. Wir Europäerinnen und Europäer haben uns mit der Erfindung und Weiterentwicklung der EU ein mächtiges Werkzeug geschaffen. Wir müssen es nur richtig benutzen und es vor allem verteidigen gegen diejenigen, die es für ihre eigenen Zwecke missbrauchen.

Die EU kann aber noch viel mehr. In Zeiten globaler Verunsicherung und Werteverstärkungen durch die Digitalisierung muss Europa der neue Leuchtturm werden. Dafür brauchen wir eine klare Linie und wir brauchen Haltung. Das bedeutet konsequentes Einstehen für Rechtsstaatlichkeit und Menschenwürde als Grundpfeiler unserer Gemeinschaft. Und das bedeutet, dass auch Deutschland seiner Verantwortung in der Union nachkommt.



Niclas Herbst, CDU

Liebe Bürgerinnen und Bürger, als stellvertretender Vorsitzender des Haushaltsausschusses setze ich mich für eine angemessene Finanzierung zukunftsweisender Politikfelder ein. Hierzu zählen



Programme mit echtem europäischen Mehrwert wie das Forschungs- und Innovationsprogramm „Horizont Europa“, oder das Schüler- und Studentenaustauschprogramm „Erasmus“. In den laufenden Verhandlungen zum nächsten Mehrjahresfinanzrahmen der EU setze ich mich daher u.a. für eine Erhöhung unseres Forschungsbudgets auf 120 Mrd. EUR ein. Das ist dringend notwendig, um zu anderen Ländern, wie den USA, Indien oder China, aufzuschließen. Wir müssen Teil des technologischen Wandels sein, sonst machen wir uns von anderen Weltregionen abhängig. Die EU muss einen großen Sprung wagen und sich nicht in Zahlendebatten verlieren. Mit einem Minimalhaushalt würde Europa kläglich versagen und den europäischen Mehrwert mit Füßen treten. Wir müssen vielmehr die großen Herausforderungen wie Klimaschutz, Forschungsförderung, digitale Wettbewerbsfähigkeit, Verteidigung und Außengrenzschutz gemeinsam angehen. Dazu braucht es auch einen angemessenen EU-Haushalt!

Özlem Alev Demirel, DIE LINKE

Die europäische Sozialcharta schreibt vor, dass jeder Mensch ein Recht auf eine gerechte Entlohnung seiner Arbeit hat. Doch etwa jeder zehnte abhängig Beschäftigte in der EU ist von Armut bedroht. Arm trotz Arbeit ist ein Skandal. Dagegen helfen nur die Stärkung der Tarifbindung und gute Mindestlöhne. Ein im Januar von der Kommission vorgestellter „Fahrplan für ein gerechtes Europa“ redet inzwischen auch von Mindestlöhnen, sieht aber bislang keinen einheitlichen Mechanismus zu ihrer Festlegung vor. Daher reicht das Schlagwort Mindestlohn nicht, wenn nicht klar definiert wird, dass dieser auch arbeitsfest sein muss und verbindlich in allen Mitgliedstaaten umgesetzt werden muss. Ich setze mich für einen Mindestlohn ein, der nicht weniger als 60 Prozent des nationalen, mittleren Durchschnittseinkommens betragen darf. Denn dies entspricht der offiziellen Definition für arbeitsfest. In Deutschland müsste der Mindestlohn demnach über zwölf Euro betragen. Denn klar ist, wer arbeitet, muss davon leben können, frei von Armut - auch im Alter.



Dr. Nicolaus Fest, AfD

Europawoche Hamburg – Aufbruch in die Zukunft. „Aufbruch in die Zukunft“: Das klingt nach Abenteuer und goldenen Zeiten. Und das ist für Europa nur zu hoffen.

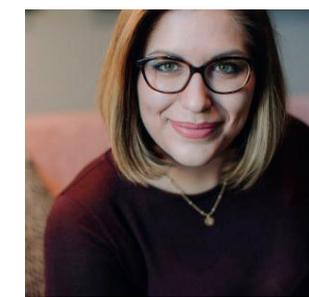


Gegenwärtig sieht es anders aus: Die EU ist technologisch abgehängt. Apple, Google, Tencent, Samsung, Facebook, Alibaba sind keine europäischen Firmen. Die Patentanmeldungen aus der EU sind rückläufig, fähige Köpfe verlassen den Kontinent. Die besten Unis finden sich außerhalb der EU, und kein EU-Land hat ein Silicon Valley aufbauen können. Warum eigentlich nicht? Weil die EU bis heute lieber Geld in die Landwirtschaft steckt als in digitale Welten. Weil sie in neuen Technologien eher Gefahren sieht als Chancen. Weil sie reguliert, bevor etwas Neues lebensfähig ist. Wenn die EU Zukunft haben will, muss sie sich radikal neu erfinden. Gründung technologischer Cluster, Elitenförderung, Top-Unis, digitale Infrastruktur. Und klare Verantwortlichkeiten in der Brüsseler Hierarchie. Israel, Singapur, Süd-Korea machen es vor. Dort wird die Zukunft schon heute gelebt.

Svenja Hahn, FDP

Die Zukunft Europas wird jetzt entschieden. Nur wenn wir dringend nötige Reformen angehen, können wir die Erfolgsgeschichte der Europäischen Union fortschreiben, die mittlerweile so viel mehr ist als das ursprüngliche Freiheits- und Friedensprojekt. Das ist auch für unsere Heimatstadt Hamburg von enormer Bedeutung, deren Wohlstand wesentlich durch den europäischen Binnenmarkt und freien Handel ermöglicht wird.

Gerade nach dem Brexit ist es für die EU entscheidend, enger denn je zusammenzustehen. Für eine nach innen geeinte und auf der Weltbühne gestärkte EU müssen wir jetzt die nächsten Schritte wagen. Die Konferenz zur Zukunft Europas, die nun beginnt und bis 2022 abgeschlossen sein soll, ist dafür ein wichtiges Werkzeug. Nationale und europäische Abgeordnete sowie Bürgerinnen und Bürger aus ganz Europa werden gemeinsam an einem Europa arbeiten,



das die Interessen aller Europäer vereint. Dabei müssen junge Menschen einbezogen werden und aktiv mitgestalten. Denn die Konferenz zur Zukunft Europas ist auch eine Konferenz zur Zukunft der Jugend.

» Wir brauchen ein Google für Europa

Henning Vöpel ist Leiter des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts. Der Ökonom beschäftigt sich unter anderem mit dem digitalen Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft.

Herr Vöpel, ärgern Sie sich manchmal auch über langsames Internet?

Ja, da geht es mir wie Vielen. Wir haben ja mittlerweile diese Erwartungshaltung, dass Internet immer zu funktionieren hat. Wenn nicht, wird man ungeduldig. Diese Ansprüche sind aber völlig gerechtfertigt, weil es Länder gibt, in denen es viel besser funktioniert. Da müssen wir Schritt halten.

Die EU plant ja nun eine Digitaloffensive. Ist das die Lösung?

Der EU geht es viel um eine eigene Infrastruktur, eine europäische Cloud, Datenschutz und Sicherheit. Das ist wichtig, um sicheres und immer zugängliches Internet zu gewährleisten. Aber genauso wichtig ist die Frage, wie man einen digitalen Binnenmarkt schafft, eine einheitliche digitale Plattform, auf der sich die 500 Millionen Menschen begegnen können. Das ist eine geostrategische Frage, damit Europa die digitale Zukunft nicht den USA oder China überlassen muss. Wir

bräuchten so etwas wie ein Google oder Facebook für Europa.

Wie stellen Sie sich das konkret vor?

Eine gemeinsame, europäische Plattform ist wegen der Vielfalt der Sprachen und Kulturen nicht einfach, muss aber langfristig ein Ziel sein. Deshalb sollte die Industrie damit beginnen, etwa bei der Automatisierung, der Entwicklung von Robotern.

Was hat der Einzelne davon?

Gemeinsame Plattformen bedeuten Vernetzung und Kooperation. Heute sind viele Vernetzungen und Kooperationen noch nicht geschaffen, was das Bezahlen sowie die Mobilität, in der Stadt unterwegs zu sein, umständlich macht. Man muss sich bei jedem Anbieter neu und einzeln anmelden. Es gibt keine Vernetzung zwischen ihnen. Da ist das Bedürfnis der Kunden schon viel weiter, und Länder wie die USA im Übrigen auch.

Wie profitiert Hamburg von Europas digitaler Offensive?

Der Vorteil ist, dass mit neuer Infrastruktur der Rahmen besser wird. Aber Hamburg muss selber handeln. Unsere Wirtschaft ist traditionell ab-



Professor Henning Vöpel, Direktor des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts (HWWI)

hängig von Branchen, die durch die Digitalisierung bedroht sind. Auch wenn es Hafen und Handel immer geben wird. Die digitale Wirtschaft macht lokale Standortvorteile überflüssig. Nehmen Sie nur den 3D-Druck. Überall auf der Welt können künftig Dinge digital produziert werden. Warentransporte verlieren an Bedeutung. Das ist zudem klimafreundlicher. Für Hamburg gilt wie für Viele in Europa: gemeinsame Plattformen aufbauen!

Wo ist Hamburg heute schon gut?

Bei der Digitalisierung im Hafen. Und bei der Energiewende. Norddeutschland ist auf dem Weg, eine führende Modellregion zu werden für die digitale Steuerung regenerativer Energien, für Wasserstoff, für die mitdenkende Stadt. Das muss weitergehen.



DIGITALE STADT – FÜR BÜRGERINNEN, BÜRGER UND UNTERNEHMEN

In der „Urban Agenda for the EU“ will die EU Städte und Kommunen motivieren, zum Beispiel in der Partnerschaft zur digitalen Transformation, gemeinsam neue Lösungen für die fortschreitende Digitalisierung von urbanen Lebensräumen zu entwickeln.

Hamburg beteiligt sich im Rahmen dieser Partnerschaft an zwei Vorhaben. Im ersten entwickelt die Stadt in einer Arbeitsgruppe zusammen mit Partnern aus Eindhoven, Estland und Kroatien neue Ideen für bürgerorientierte Lösungen. Diese sollen die Kommunikation mit den

Behörden vereinfachen und beschleunigen, so dass beispielsweise die Anmeldung eines Autos vom Schreibtisch aus möglich wird, und das immer unter der Prämisse höchster Datensicherheit. Hamburg ist auf diesem Feld mit seinem Programm DigitalFirst Vorreiter und geht bei der Digitalisierung von Prozessen zwischen Bürgerinnen

Behördenkommunikation vereinfachen

und Unternehmen auf der einen, und Behörden auf der anderen Seite voran. Ziel der Arbeitsgruppe ist es, einen Leitfaden und eine Toolbox für die Fragestellungen rund um bürgerorientierte Verwaltungsleistungen zu entwickeln, die auch andere

Städte und Gemeinden in der EU künftig nutzen können. In der Arbeitsgruppe zum zweiten Vorhaben geht es um die Auswertung digitalisierter Beteiligungsverfahren wie sie in Europas Städten für viele Projekte Alltag sind. Bisher sind die Ergebnisse aus solchen Befragungen nur schwer vergleichbar, weil Daten und Datenformate nicht standardisiert sind. Zusammen mit der schwedischen Stadt Helsingborg will Hamburg das ändern, damit in Zukunft noch deutlicher wird, was Europas Bürgerinnen und Bürger von ihren Städten erwarten.



MICADO

Service für Neulinge

Wer aus einem anderen Land neu in einer Stadt ankommt, muss sich erst einmal orientieren. Wohnen, Gesundheit, Bildung, Arbeit – es gibt viel zu organisieren. In Hamburg wird der Ankommensprozess künftig erleichtert: Im EU-Projekt MICADO entwickeln die Städte Hamburg, Antwerpen, Bologna, Madrid und Wien eine digitale, anwenderfreundliche Plattform mit vielen Informationen und Funktionen für Neuankömmlinge einerseits und für die städtischen Behörden andererseits. Dazu arbeiten Stadtverwaltungen mit Unternehmen und Forschungseinrichtungen zusammen. Die Leitung von MICADO hat das CityScienceLab an der HafenCity Universität Hamburg inne. „Wo ist meine erste Anlaufstelle? Wie komme ich zu einer Krankenversicherung? Wo lasse ich meine Zeugnisse anerkennen? MICADO soll Orientierung geben und kann damit Integration auf lokaler Ebene unterstützen“, sagt Projektmanagerin Ana Julia Kuschnierz. Das Angebot wird sich genauso an EU-Bürger wie an Geflüchtete richten, die neu in der Stadt ankommen.

www.micadoproject.eu

» DIE SICHERHEITSPOLITIK IN EUROPA MUSS GLOBAL UND GEMEINSAM SEIN

Die neue EU-Kommission will eine stärkere Rolle Europas in der Welt. Was das für die Sicherheitspolitik Europas bedeuten kann, erklärt Ursula Schröder. Sie ist Professorin für Politikwissenschaft und wissenschaftliche Direktorin des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg.

Die neue Kommission soll laut Präsidentin Ursula von der Leyen eine Geopolitische sein. Was bedeutet das, Frau Schröder?

Kommissionspräsidentin von der Leyen möchte eine strategischere und kohärentere Außenpolitik der EU. Den Begriff der ‚geopolitischen Kommission‘ hat sie zwar nicht näher definiert. Es liegt aber nahe, dass er größere Aufmerksamkeit für die Rolle der EU in einer veränderten Weltordnung signalisieren soll. Die zentrale Frage ist dabei, wie sich die Grundwerte und Interessen der EU in einer internationalen

Ordnung aufrechterhalten lassen, die zunehmend durch Großmächtekonkurrenz bestimmt wird.

Welche aktuellen sicherheitspolitischen Aufgaben muss die neue Kommission denn bewältigen?

Es geht um eine Vielzahl gravierender sicherheitspolitischer Herausforderungen. Viele davon – wie die Folgen des Klimawandels oder der Anstieg von Cyberbedrohungen – können nur global und gemeinsam effektiv bekämpft werden. Die aktuelle Krise der multilateralen Ordnung ist daher eine große, sicherheitspolitische Aufgabe für die EU. Der Ausstieg Großbritanniens aus der EU, das drohende Ende des Atomabkommens mit dem Iran und die Handlungsschwäche der EU in den Konflikten im Nahen Osten zeugen von den Schwierigkeiten der EU, ihre sicherheitspolitischen Interessen durchzusetzen.

Wie sehen Sie das Verhältnis zwischen der EU und der NATO?

Es gibt immer wieder Herausforderungen in der Zusammenarbeit. Verwerfungen in den transatlantischen Beziehungen zu den USA erleichtern die Zusammenarbeit nicht gerade. Dennoch müssen beide Organisationen enger zusammenarbeiten, um aktuelle Herausforderungen gemeinsam zu bewältigen. Seit 2016 hat sich in der Kooperation einiges getan, und es wurden über 70 gemeinsame Maßnahmen umgesetzt.

Wie bewerten Sie die Forderung nach einer gemeinsamen europäischen Armee?

Die Idee einer europäischen Armee wurde bereits 1950 durch den dama-

ligen französischen Ministerpräsidenten Pleven lanciert und kehrt seitdem in regelmäßigen Abständen in die öffentliche Diskussion zurück. Eine europäische Armee wäre ein politisch überaus ambitioniertes Vorhaben, das die Befehlsgewalt über gemeinsame Streitkräfte in die Hände einer zentralen europäischen Einrichtung legen würde. Dies ist absehbar keine realistische Option. Eine größere ‚strategische Autonomie‘ der EU kann aber auch über die Zusammenarbeit in der Entwicklung ziviler und militärischer Fähigkeiten vorangetrieben werden.

Ich engagiere mich für mein Europa...

... weil es für mich mehr als nur ein Projekt ist. Europa ist für mich das Zusammenkommen meiner Familie und Freunde aus den verschiedenen Kulturen, mit welchen ich Unterschiede und Gemeinsamkeiten gleichermaßen zelebrieren kann. Deshalb möchte ich, dass Europa nicht nur ein Projekt bleibt, sondern in Zukunft noch enger zusammenwächst, dass man sich, ähnlich einer großen Familie, gegenseitig mit seinen Stärken, aber auch Schwächen beisteht und voneinander lernt – denn das ist, denke ich, der größte Gewinn für uns alle, und dafür setze ich mich ein.

Moritz Ansorge,
von "Diesmal wähle ich"

» DIE VERANTWORTUNG DER STÄDTE

Viele Herausforderungen unserer Zeit wie die Bewältigung der Klimakrise, die Ausweitung der gesellschaftlichen Teilhabe und die voranschreitende Digitalisierung erfordern ein koordiniertes Handeln aller politischen Ebenen. Neben der EU und ihren Mitgliedstaaten sowie der föderalen Ebene werden auch die Städte und Regionen immer wichtiger.

Europäische und nationale Rechtsakte setzen die Rahmenbedingungen, doch werden diese erst im lokalen und städtischen Kontext mit Leben gefüllt. Europäische Strategien wie der „European Green Deal“ würden nichts bewirken, wenn Städte diese Impulse nicht aufnehmen und umsetzen würden. Zum Beispiel indem sie die Neuausrichtung

Städte nehmen ihre Verantwortung als Werkstätten für eine bessere Zukunft an

der Mobilität ihrer Bewohnerinnen und Bewohner hin zu mehr Nachhaltigkeit, Zukunftsorientierung und gleichberechtigter Teilhabe vorantreiben. Und eine europäische Digitalisierungsagenda würde ins Leere laufen, wenn nicht vor Ort die dazu notwendigen Prozesse und Infrastrukturen installiert und die Begeisterungsfähigkeit und Akzeptanz der Stadtbewohner getestet würden. Oft ist es die lokale Ebene mit ihrem Wissen über die Gegebenheiten vor Ort, die pragmatische und kreative Lösungen entwickelt. Hinzu kommt, dass insbesondere größere Städte innovative Firmen und Köpfe anziehen. In den

Städten bündeln sich aber auch die wichtigsten Probleme unserer Zeit wie in einem Brennglas: Umweltverschmutzung, Mobilitätsschwierigkeiten, soziale Brennpunkte – dies sind nur einige Beispiele für den Veränderungsdruck, dem die Städte unterliegen.

Positiv gewendet, nehmen Städte ihre Verantwortung als Werkstätten für eine bessere Zukunft immer selbstbewusster an. Sie mobilisieren eine Vielfalt von Akteurinnen und Akteuren in Politik und Verwaltung, in Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Gesellschaft. Sie vernetzen sich untereinander und nutzen dabei nicht nur neue technologische Sprungbretter, sondern auch den Rahmen der Europäischen Union. Die Idee einer „Städtediplomatie“ nahm nach dem Zweiten Weltkrieg

einen Aufschwung, als sich mit dem Ziel der Aussöhnung die ersten deutsch-französischen Städtepartnerschaften gründeten. So wurde

Marseille 1958 Hamburgs Partnerstadt. Inzwischen hat Hamburg neun Städtepartnerschaften, die wir weiterhin ganz konkret mit Leben füllen. Darüber hinaus engagiert sich die Hansestadt in zahlreichen Städtebündnissen, zum Beispiel im europäischen Netzwerk Eurocities, in dem Städte ihre innovativen Projekte für eine nachhaltige und smarte Stadt der Zukunft präsentieren. Oder in regionalen Netzwerken wie STRING, einer grenzüberschreitenden politischen Partnerschaft von Städten und Regionen im Ostseeraum.

Staatsrätin Almut Möller, Bevollmächtigte der Freien und Hansestadt Hamburg beim Bund, der Europäischen Union und für auswärtige Angelegenheiten



Die EU unterstützt diesen städtischen und regionalen Wissens- und Innovationsaustausch durch Förderprogramme. Hamburg arbeitet hier zusammen mit Partnern an ganz konkreten Lösungen und kooperiert dabei nicht nur mit europäischen Städten wie Kopenhagen, Tallinn oder Barcelona. Auf Grundlage einer Drittstaatenregelung hat der Bezirk Altona sich zum Beispiel im Rahmen des EU-Projekts Cities4People mit dem Istanbuler Stadtteil Üsküdar über Bürgerbeteiligungsverfahren in Verkehrsangelegenheiten ausgetauscht.

Städtediplomatie hat in Hamburg eine lange Tradition. Bereits zu Zeiten der Hanse hat Hamburg über ein dichtes Städtenetzwerk die sich wandelnden Herausforderungen der damaligen Zeit gemeistert. Als Stadtstaat haben wir heute vielfältige Möglichkeiten, Gehör zu finden – durch unsere Rolle unter den anderen Bundesländern im Bundesrat und in der Bundespolitik insgesamt, durch unsere starken Verbindungen zu anderen Städten, durch unsere Vernetzung in Brüssel über das Hanse-Office. Gerade in Zeiten, in denen die Beziehungen zwischen einzelnen Staaten auch in Europa schwieriger geworden sind, können wir Städte untereinander oft noch vieles bewegen. Hamburg will sein Potenzial als Stadtstaat für seine Menschen weiter intensiv nutzen – und dabei ganz selbstverständlich die Möglichkeiten, die uns die städtische, die Bundes- und die europäische Ebene bieten, klug miteinander verdrahten.



Ursula Schröder, Professorin für Politikwissenschaft und wissenschaftliche Direktorin des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg.



WO KANN ICH MICH IN HAMBURG ÜBER EUROPA INFORMIEREN?

Europa-Union Hamburg/Info-Point Europa

Die Europa-Union Hamburg setzt sich als gemeinnütziger und überparteilicher Verband für den Zusammenhalt und den weiteren Aufbau der europäischen Gemeinschaft ein. Ein wesentlicher Bestandteil dieser Arbeit besteht darin, über die europäische Politik zu informieren und gemeinsam darüber zu diskutieren. Für junge Generationen bietet der Verband, zusammen mit dem Info-Point Europa, dessen Träger er ist, passgenaue Formate an. Mit Vorträgen rund um das Thema Europa, von Planspielen bis hin zu in Eigenregie entwickelten Veranstaltungsformaten wie dem Jungen Europa-Forum ist die Europa-Union Hamburg Ansprechpartnerin für Bildungsinstitutionen und lokalen Einrichtungen.

www.europa-union-hamburg.de

Tel. 040/34 41 42

www.infopoint-europa.de

Tel. 040/41 91 91 04

Adolphsplatz 1, 20457 Hamburg

Öffnungszeiten:

Mo-Mi 10:00 - 18:00 Uhr, Do 10:00 - 19:00 Uhr

JEF-Hamburg

Die JEF-Hamburg ist anerkannter freier Träger der Kinder- und Jugendhilfe. Er versteht sich als Anwalt der europäischen Idee und fördert die Verbreitung des europäischen Bewusstseins in der Gesellschaft und insbesondere unter Jugendlichen. Beispiele für die Angebote der JEF-Hamburg sind Stammtische, Informationsreisen und Seminare. Außerdem beteiligt sich JEF-Hamburg an öffentlichen Diskussionsrunden und ist Kooperationspartner bei Veranstaltungen. Auch arbeitet JEF-Hamburg an einem eigenen Konzept für die Durchführung von Planspielen.

www.jef-hamburg.de

c/o Info-Point Europa

Tel. 040/34 41 42

Adolphsplatz 1, 20457 Hamburg

Europa JUGEND Büro

Das Europa JUGEND Büro ist ein Hamburger Informations- und Beratungsservice zu europäischer und weltweiter Jugendmobilität wie Freiwilligendiensten, Workcamps, Au-Pair und vieles mehr. Als eine Servicestelle des Eurodesks – des europäischen Jugendinformationsnetzwerks – bietet das Europa JUGEND Büro persönliche, kostenlose und neutrale Beratung an und organisiert Vorträge und Workshops an Schulen und auf Messen sowohl zu Auslandsmöglichkeiten als auch zu europapolitischen Fragen mit Bezug auf das Leben junger Menschen – immer mit spielerischem und niedrig-schwelligem Ansatz. Das Europa JUGEND Büro ist ein Projekt von e.p.a. e.V.

www.go-epa.org

Tel. 040/433199, Palmaille 102, 22767 Hamburg

Öffnungszeiten: Mo-Fr 10:00 - 18:00 Uhr

Ich engagiere mich für mein Europa...

... weil ich mit jungen Menschen aus Aalborg genauso viel gemeinsam habe wie mit solchen aus Köln oder Prag. Und nur zusammen können wir auch allen europäischen Bürgerinnen und Bürgern Menschenrechte und Wohlstand sowie den Schutz unserer Umwelt garantieren. Außerdem macht es einfach sehr viel Spaß, im Ehrenamt Leute aus ganz Europa kennenzulernen.

Christian Kisczio, Landesvorsitzender
Junge Europäische Föderalisten,
Landesverband Hamburg e.V.



Landeszentrale für politische Bildung

Die Landeszentrale für politische Bildung ist Teil der Behörde für Schule und Berufsbildung der Freien und Hansestadt Hamburg und die zentrale Dienstleistungs- und Service-Einrichtung für die politische Bildung im Stadtstaat Hamburg. Die Landeszentrale für politische Bildung will Politik praktisch und lebensnah vermitteln. Sie bietet Informationen und Orientierung, Beratung und Unterstützung in allen Fragen der politischen Bildung. Mit eigenen Publikationen, Veranstaltungen, Seminaren und Projekten richtet sie sich an alle Hamburger Bürgerinnen und Bürger.

Gemeinsam mit dem Jugendinformationszentrum (JIZ) betreibt die Landeszentrale am Dammtorwall 1 einen Infoladen, der eine Vielzahl von Publikationen zum Thema Europa und EU bereithält.

Unter www.hamburg.de/europapolitik kann ein Teil des Sortiments eingesehen werden.

www.hamburg.de/politische-bildung

www.jugendserver-hamburg.de

Tel. 040/428 23-48 02

Dammtorwall 1, 20354 Hamburg

Öffnungszeiten:

Mo-Do 12:30 - 17:00 Uhr, Fr 12:30 - 16:30 Uhr

Europäische Bewegung Hamburg

Die Europäische Bewegung Hamburg ist ein überparteilicher Zusammenschluss von Hamburger Akteuren, die sich für europabezogene Belange einsetzen. Sie tritt einmal im Jahr zusammen und plant gemeinsame Projekte insbesondere im Rahmen der Europawoche.

c/o Senat der Freien und Hansestadt Hamburg

Staatsamt - Europapolitik

Tel. 040/428 31-2816

Postfach 105520, 20354 Hamburg

Europa-events@sk.hamburg.de

DIE VERTRETUNG HAMBURGER INTERESSEN IN BRÜSSEL: DAS HANSE-OFFICE

Unweit der Schaltzentrale der EU-Kommission vertritt Hamburg seine Interessen bei der EU, und zwar im Hanse-Office.

Das Hanse-Office, dessen Vorläufer als Informationsbüro schon 1985 gegründet wurde und damit das erste Regionalbüro in Brüssel war, ist die gemeinsame Vertretung Hamburgs mit Schleswig-Holstein. Das Hanse-Office ist im Kreis der deutschen Länderbüros in Brüssel etwas Besonderes, weil es als einzige Landesvertretung zwei Länder gemeinsam vertritt.

Von Hamburger Seite wird das Hanse-Office von Dr. Claus Müller geleitet. Warum unterhält Hamburg überhaupt ein Büro in Brüssel? Dazu erklärt der Hamburger Leiter: „Laut Grundgesetz arbeiten Bund und Länder in Europaangelegenheiten eng zusammen. Während der Bund gegenüber der EU das alleinige Vertretungsrecht ausübt, kommt den Ländern in Brüssel häufig die Aufgabe zu, für landesspezifische Interessen, wie etwa in Hamburg der Hafen, aktiv zu werden.“

Neben zwei Leitern arbeiten im Hanse-Office bei voller Besetzung acht Referenten. Damit gehört das Hanse-Office im deutschen Länderkreis mit seiner Personalausstattung zu den eher kleinen Länderbüros. Die Referenten betreuen die für Hamburg und Schleswig-Holstein relevanten EU-Politikbereiche, angefangen von der Agrar- und Meerespolitik über die Finanz-, Gesundheits- sowie Verkehrs- und Wirtschaftspolitik bis hin zu Fragen zur Zukunft Europas. Die Fachbehörden in Hamburg und die Ministerien in Schleswig-Holstein werden

dabei vom jeweiligen Referenten zeitgleich informiert. Ebenso vertreten die Referenten die Interessen Hamburgs und Schleswig-Holsteins gegenüber den Vertretern der EU-Kommission, des EU-Parlaments, des Rates und gegenüber weiteren Ansprechpartnern in Brüssel.

Zur Arbeit im Hanse-Office sagt der stellvertretende Leiter Christoph Frank: „Einen typischen Arbeitsalltag in Brüssel gibt es eigentlich nicht. Das EU-Viertel richtet sich im Grunde ganz nach dem Kalender der EU-Institutionen

– allen voran der EU-Kommission, dem EU-Parlament mit seinen Sitzungswochen in Brüssel und in Straßburg sowie den Ratstagungen. Zwischen den zahlreichen Terminen unterrichten wir die Kolleginnen und Kollegen in den Fachbehörden per Telefon, Email und Videokonferenz über die neuesten Entwicklungen. Wir schreiben Vermerke, bereiten Besuche von Staatsräten und Senatoren in Brüssel vor und begleiten diese. Wir stimmen uns in Brüssel nicht nur mit dem Bund, sondern auch länderintern eng ab, zum Beispiel im Rahmen von Arbeitskreisen.“

Im Arbeitskreis Finanzen hat Frank gemeinsam mit einer Berliner Vertreterin den Vorsitz übernommen. In diesem Format kommen alle Finanzreferenten der Länder drei bis vier Mal im Monat zusammen. Im Arbeitskreis laden sie regelmäßig die

für Finanzfragen relevanten Entscheidungsträger aus den EU-Institutionen ein, vom einfachen Referenten bis hin zum Generaldirektor oder Mitglied des EU-Parlaments. Im Arbeitskreis stellen die EU-Vertreter ihre Initiativen vor, im Anschluss wird diskutiert und wir bringen dabei die Sichtweisen der Länder ein; thematisch geht es dabei von der EU-Steuerpolitik und der Finanzmarktregulierung über den Stabilitäts- und Wachstumspakt bis hin zum EU-Haushalt. „So manches Dossier beschäftigt uns dabei für eine lange Zeit, wie zum Beispiel der Vorschlag zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027.“

Mit diesem Gesamtrahmen werden alle sieben Jahre die politischen Ziele in der EU festgelegt. Obwohl der Vorschlag schon Anfang Mai 2018 vorgelegt wurde, steht die Verabschiedung noch immer aus. Da braucht man schon einen langen Atem. Aber es lohnt sich. Nämlich dann, wenn aus einem eher trockenen Thema wie EU-Haushalt konkrete Politik entsteht, die man direkt vor Ort in Hamburg sehen kann – etwa in Form von EU-Fördermitteln wie ERASMUS+.



Das Hanse-Office in Brüssel

Foto: © Ch. Frank

HAMBURG ENTSCHIEDET IN EUROPA MIT

Wenn „in Brüssel“ wichtige Entscheidungen wie zum Beispiel über den European Green Deal getroffen werden, geschieht dies nicht ohne eine Vielzahl von vorangegangenen Beratungen, Verhandlungen und Abstimmungen auf unterschiedlichsten Ebenen. Auch Hamburg ist intensiv an der europapolitischen Meinungs- und Willensbildung beteiligt.

Viele wichtige europapolitische Fragen werden zwischen den Ländern und der Bundesregierung in enger Abstimmung koordiniert. Dies kann durch fachspezifische Koordinierungsrunden, informelle Gesprächsrunden oder zu Konsultationen der Länder durch die Bundesregierung geschehen. Wichtigstes Mittel der Länder zur Durchsetzung ihrer europapolitischen Interessen bleibt allerdings der Bundesrat. Denn nur hier können die Länder direkten Einfluss nehmen.

Laut Grundgesetz wirken die Länder über den Bundesrat an der EU-Gesetzgebung mit. EU-Gesetzesvorhaben und andere Maßnahmen, wie z.B. Mitteilungen, Grün- oder Weißbücher, werden über den Bundesrat an die Länder verteilt, weil die Gesetzesvorhaben der EU oft auch Zuständigkeiten der Bun-

desländer betreffen. Der Bundesrat kann Stellungnahmen abgeben, die die Bundesregierung bei ihrer Mitwirkung im Rat der EU berücksichtigen muss. Betrifft ein Vorhaben die Zuständigkeit des Bundes, sind aber Interessen der Länder berührt, ist eine einfache Berücksichtigung der Stellungnahme ausreichend. Sind dagegen im Schwerpunkt Zuständigkeiten der Länder berührt, ist die Stellungnahme maßgeblich zu berücksichtigen. Die Stellungnahmen werden in den Fachausschüssen des Bundesrats beraten und fachbezogen vorbereitet. Dabei wird jedes Land von einem fachkundigen Beamten vertreten. Über die so erarbeiteten Stellungnahmen wird dann im Plenum abgestimmt. Bei den Abstimmungen in der Plenarsitzung haben die Bundesländer unterschiedliches Stimmengewicht, je nach Einwohnerzahl. Hamburg hat

drei von insgesamt 69 Stimmen. Auch wenn Hamburg als kleines Bundesland nur wenige Stimmen hat, ist die Mitwirkung an Bundesratsstimmungen ein wichtiges Mittel, um die Interessen der Stadt gegenüber dem Bund und der Europäischen Union zu vertreten. So setzte sich Hamburg zum

Beispiel erfolgreich dafür ein, dass der Bundesrat bei der Verteilung europäischer Fördergelder forderte, städtische Belange und die Wissenschaftsförderung stärker zu berücksichtigen. Mit seinen Einwirkungsmöglichkeiten ist Hamburg – da zugleich auch Bundesland – gegenüber anderen europäischen Städten und Gemeinden klar im Vorteil. Zudem ist Hamburg als europäische Region auch im Ausschuss der Regionen vertreten. Dabei handelt es sich um eine beratende EU-Einrichtung, die sich aus lokal und regional gewählten Vertretern aller 27 Mitgliedstaaten zusammensetzt. Die EU-Kommission, der Rat der EU und das EU-Parlament müssen den Ausschuss anhören, wenn sie Rechtsvorschriften in Bereichen formulieren, die lokale und regionale

Gebietskörperschaften betreffen, zum Beispiel Gesundheit, Bildung, Beschäftigung, Sozialpolitik, wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt, Verkehr, Energie und Klimawandel. Dadurch ist gewährleistet, dass die Anliegen von regionalen und lokalen Behörden respektiert werden.



WIE EU-FÖRDERMITTEL AUF DIE HAMBURGER STADTENTWICKLUNG WIRKEN

Europas Städte und Regionen arbeiten dank europäischer Aktionsprogramme wie Horizon2020 und INTERREG gemeinsam an zentralen Zukunftsfragen. Hamburg ist an Dutzenden Projekten beteiligt und profitiert vom europäischen Austausch und innovativen Lösungen.

Man stelle sich vor: Ein Fenster im Smartphone ploppt auf und zeigt an: Die Ladesäule vor der Tür ist jetzt frei. Das Auto kann an den Strom angeschlossen werden. Der Landesbetrieb Geoinformationen und Vermessung stellt eventbasierte Echtzeitdaten für die über 500 Hamburger E-Ladesäulen bereit, die ein solches Szenario ermöglichen würden. Die Infrastruktur dafür wurde im Rahmen des EU-geförderten Smart City-Projekts mySMARTLife entwickelt. Hamburg wird damit zu einem städtischen Vorreiter in der Bereitstellung von sich ständig verändernden Sensordaten. Anhand dieses Beispiels wird deutlich, wie EU-Projekte zu einer Art Katalysator für Innovationen werden. Gemeinsam mit den Partnern in Helsinki hat der Landesbetrieb für Geoinformationen und

Vermessung regelmäßig Wissen ausgetauscht und konnte dadurch die innovative Anwendung entwickeln. Dass Austausch und europäische Netzwerke die eigenen Ansätze verbessern, hat auch das Horizon 2020-Projekt RECONNECT erlebt. Bei diesem Projekt geht es um Hochwasser- und Dürre-Ereignisse. In den Niederlanden lernten die Hamburger Projektpartner, wie die dortigen Behörden einem Fluss nach und nach Raum zurückgeben, und somit das Überflutungsrisiko minimieren konnten. In der Projektsprache nennt man solches Lernen *best practices*: Die Städte müssen das Rad nicht immer wieder neu erfinden, sondern können voneinander lernen. In solchen von der

EU-Projekte als Katalysator für Innovationen

EU-geförderten Projekten kooperieren meist mehrere Städte und Regionen zu einem bestimmten Thema, hier etwa zur digitalen Stadt und zum Klimawandel. Sie haben die Möglichkeit, innovative Maßnahmen – zu denen sie noch keine oder wenig Erfahrungswerte haben – erst einmal für eine gewisse Zeit zu testen und Erfahrungen zu sammeln. Alles

begleitet von wissenschaftlichen Untersuchungen.

Aus Sicht der Verwaltung bietet die Teilnahme an einem solchen EU-Projekt neben dem europaweiten Wissensaustausch auch noch weitere Vorteile. Öffentliche Vorhaben, die sowieso in Planung waren, können sinnvoll ergänzt werden. So muss sich die Hafenstadt Hamburg natürlich über den steigenden Meeresspiegel und das veränderte Klimaprofil Gedanken machen; auch die Digitalisierung ist weit oben auf der Agenda. Durch die EU-Projekte erhalten die Verwaltungen nicht nur zusätzliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die den europäischen Wissenszuwachs koordinieren, sondern lernen auch andere Verwaltungsstrukturen kennen. Und ganz nebenbei kann die Verwaltung die Stadt Hamburg als die innovative und zukunfts-fähige Stadt präsentieren.

Wie wir an den EU-Förderprogrammen mitwirken

Ob Bezirke, Fachbehörden, Landesbetriebe oder Senatskanzlei – EU-Projekte werden an vielen Stellen innerhalb der Hamburger Verwaltung betreut und koordiniert.

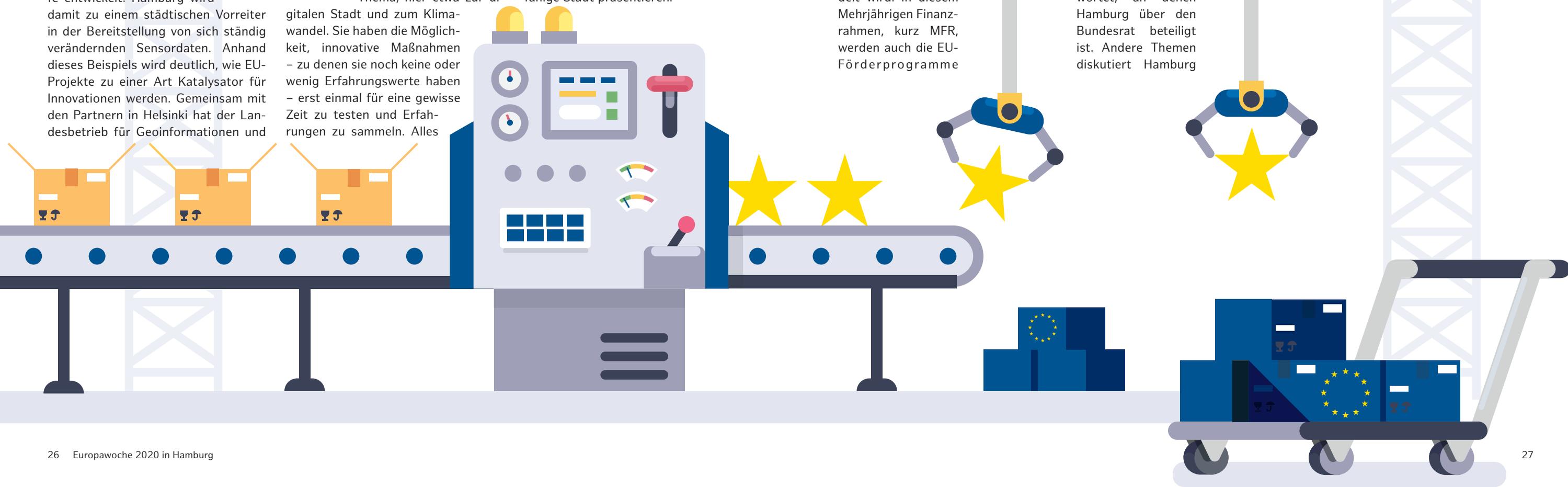
Neben dem tatsächlichen Projektmanagement nimmt der Stadtstaat Hamburg aber noch zahlreiche andere Aufgaben im Bereich der EU-Fördermittel wahr. So sind die EU-Projekte nur das sichtbare Ergebnis eines Prozesses, in dem Landes-, Bundes- und Europaebene ineinandergreifen. Das Hanse-Office in Brüssel etwa bearbeitet strategische Fragen zum Mehrjährigen Finanzrahmen, also jenem siebenjährigen Haushaltsplan, der in Brüssel von Kommission, Parlament und den Mitgliedstaaten verhandelt wird. In diesem Mehrjährigen Finanzrahmen, kurz MFR, werden auch die EU-Förderprogramme

mit Mitteln ausgestattet. So stellt sich zum Beispiel die Frage, wie viele Mittel für regionale Strukturförderung und für Forschung und Innovation ausgegeben werden sollen. Zu diesen und vergleichbaren Fragestellungen erarbeitet die Hamburger Verwaltung Positionen, die einerseits die Interessenlagen innerhalb der Stadt reflektieren, andererseits aber auch solidarisch zu den Perspektiven unserer Partner sind.

Die EU-Förderprogramme müssen zudem gestaltet und verwaltet werden: Welches Ziel verfolgt das Förderprogramm? Welche Art von Projekten soll gefördert werden? Und wie erfolgt deren Auswahl? Einige dieser Fragen werden im Rahmen von europäischen Rechtsakten beantwortet, an denen Hamburg über den Bundesrat beteiligt ist. Andere Themen diskutiert Hamburg

zusammen mit anderen Bundesländern in nationalen Programmausschüssen, manchmal auch in europäischen Verbänden als Vertreterin der Länder.

Damit die Hamburger Verwaltung, aber auch andere Institutionen in Hamburg an den EU-Förderprogrammen partizipieren und erfolgreich Projekte einwerben können, helfen verschiedene Stellen in der Stadt dabei, einen Überblick über die europäische Förderlandschaft zu bekommen und Programme wie HORIZON, EFRE, ESF, INTERREG oder CREATIVE Europe zu nutzen. Die Hamburger Verwaltung hat einen engen Draht zu zahlreichen europäischen Städten und Regionen und kann so rasch potenzielle Projektpartner für relevante Vorhaben identifizieren.



Hamburg ist mit seiner langen Tradition internationaler Beziehungen und seiner Stellung als internationaler Handelsplatz und „Tor zur Welt“ ein wichtiger Konsularstandort. Mit rund einhundert konsularischen Vertretungen gehört die Hansestadt im nationalen und internationalen Vergleich mit zu den größten Konsularstandorten.

In Hamburg leben Menschen aus beinahe allen Ländern und Kulturen. Die konsularischen Vertretungen sind hierbei vor allem Anlaufstellen für die Bedürfnisse ihrer in Hamburg und Norddeutschland lebenden Bürgerinnen und Bürger. Darüber hinaus sind sie unerlässliche Partner für die vertrauensvollen internationalen Beziehungen mit einer Stadt wie Hamburg, die global Handel treibt, bei Innovation und Forschung vorangeht und mit Metropolen auf allen Kontinenten vernetzt ist.

In der alljährlichen Langen Nacht der Konsulate öffnen die teilnehmenden Konsulate und Kulturinstitute ihre Türen und geben Einblicke in die internationale Vielfalt dieser Stadt.

Aufgrund der Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie muss die diesjährige Lange Nacht der Konsulate leider ausfallen. Für das Jahr 2021 ist die Veranstaltung aber wieder fest eingeplant.



HAMBURG-PRAG

30 Jahre Städtepartnerschaft

Als Primátor Jaroslav Kořán und Bürgermeister Dr. Henning Voscherau am 19. April 1990 die Vereinbarung über eine Städtepartnerschaft zwischen Prag und Hamburg schlossen, hatte eine der großen historischen Umwälzungen des europäischen Kontinents gerade erst begonnen: Die Berliner Mauer war gefallen, und nach der jahrzehntelangen politischen, sozialen und kulturellen Zerrissenheit durch den Kalten Krieg bewegten sich Ost und West endlich wieder aufeinander zu.

Prag und Hamburg war damals bewusst, dass Europa auf der Grundlage eines neuen Geistes der Verständigung wieder zusammenfinden müsse. Beide Städte wollten anknüpfen an historische Beziehungen, die über Jahrhunderte bestanden hatten. Es war ihr Wunsch, einen regionalen und ganz konkreten Beitrag zur Wiedervereinigung Europas zu leisten.

Seitdem ist im Kontext dieser lebendigen und breit angelegten Städtepartnerschaft so viel geschehen, dass sich zweifellos feststellen lässt: Die Freundschaft beider Schwesterstädte ist eine der Erfolgsgeschichten im Prozess der europäischen Wiedervereinigung nach dem Kalten Krieg.

Heute ist diese Ära der Neuausrichtung und des Wiederaufbaus bereits Erinnerung – jedoch eine Erinnerung, die vielen Bürgerinnen und Bürgern Prags wie auch Hamburgs noch sehr

gegenwärtig ist. Zwischenzeitlich sind beide Städte längst Partner auf Augenhöhe geworden. Beide Metropolen verbinden viele gemeinsame Themen, wie etwa nachhaltige Stadtentwicklung, Digitalisierung oder urbane Mobilität. Viele Hamburger Unternehmen unterhalten intensive Geschäftsbeziehungen in die tschechische Hauptstadt, und gut 60 Prozent des Containerverkehrs der gesamten Tschechischen Republik laufen über den Hamburger Hafen. Wegen der Funktion Prags als Drehkreuz für den Warenverkehr nach Ost- und Mitteleuropa ist der Hafen Hamburg Marketing e.V. bereits seit 1990 mit einer eigenen Repräsentanz in Prag vertreten. Als HamburgAmbassadorin ist Ursula Schulz in Prag für Hamburg aktiv.

Im Bereich der Kultur verbinden Hamburg und Prag Musik, Film- und Theaterfestivals sowie zahlreiche Ausstellungen; in Wissenschaft und Bildung besteht eine enge Kooperation zwischen den Universitäten beider Städte. Bereits 1980 wurde die Partnerschaft zwischen der Universität Hamburg und der ältesten Universität Mitteleuropas, der Prager Karls-Universität, begründet. Seit 2009 stellt das Hamburg-Prager Bildungsabkom-

men Schulpartnerschaften und Schüleraustausche auf ein Fundament, das von der Politik beider Städte getragen wird. Jugendprojekte zu sozialpolitischen und gesellschaftlichen Themen bringen junge Menschen aus Hamburg und Prag zusammen und lassen neue Freundschaften entstehen.



Das 30. Jubiläum der Städtepartnerschaft Hamburg-Prag 2020 soll durch Konzerte, Ausstellungen, Wirtschaftsveranstaltungen, Vorträge, Filmprojekte und vieles mehr in Hamburg und in Prag gefeiert werden. Die FLOTTE HAMBURG würdigt die Partnerschaft mit Hamburgs „Goldener Schwester“ durch die geplante Taufe eines neuen Feuerwehrlöschbootes auf den Namen „Prag“.

Ausklingen soll das Jubiläumsjahr 2020 mit einem ganz besonderen Höhepunkt im Großen Saal der Elbphilharmonie, wo das Felix Mendelssohn Jugendorchester unter Leitung von Prof. Clemens Malich gemeinsam mit Prager Musikerinnen und Musikern am 3. Dezember 2020 das Jubiläum zu Klängen von Mendelssohn, Brahms und Dvořák musikalisch beenden will. Weitere Hinweise zu Veranstaltungen und Akteuren der Städtepartnerschaft finden Sie unter:

www.hamburg.de/prag.

BEGEGNUNGEN MIT EUROPA

Hamburgs Kulturszene ist eng mit Europa verknüpft. Ob Altonale, Reeperbahn-Festival oder der Hamburger Film: Die europäische Kulturförderung ist ein Plus für Publikum, Künstler und Veranstalter.



Kultur ist vielfältig und ausdrucksstark, und sie lebt vom gegenseitigen Austausch. Die EU unterstützt mit ihrer zentralen Kulturförderung CREATIVE Europe Künstler und Musiker, Museen und Bühnen, Schriftsteller, Filmer und andere Kulturschaffende. Das bereichert das kulturelle Geschehen in Hamburg.

Vielfältige Förderung

Beispiel Altonale: Das bunte Straßenfest kennen viele Hamburgerinnen und Hamburger seit Jahren. Jeweils im Juni sorgt es für vielfältige Kulturangebote in der ganzen Stadt. Die Begegnung mit anderen Kulturen ist für die Altonale Teil ihrer DNA. Europas Kulturförderung hilft dabei, etwa beim Stra-

ßenkünstlerfest STAMP. Beim jüngsten Förderprojekt „A New European Generation“ geht es um die Kooperation mit Partnern aus zehn EU-Länder, die jungen Künstlern eine breite Palette an Ausdrucksmöglichkeiten schafft, die sie 2022 auf Europas Bühnen bringen werden.

Bei CREATIVE Europe geht es immer um Kooperationen und Begegnungen. Und um die Vermittlung zwischen den Kulturen. Wie etwa bei dem Projekt „Taking Care“, an dem das MARKK-Museum am Rothenbaum beteiligt ist. Europäische Weltmuseen wollen dabei ethnografische Sammlungen unter anderem unter dem Aspekt des Klimawandels analysieren. Eines der Ziele ist, die Veränderungen in den betroffenen Kulturen sichtbar und Bemühungen um die Aufarbeitung des

kolonialen Erbes nachvollziehbarer zu machen.

Kulturschaffenden steht neben solchen Kooperationsvorhaben auch die Möglichkeit offen, über gemeinsame Plattformen und Netzwerke europäische Unterstützung zu erhalten. Verlage können sich außerdem literarische Übersetzungen fördern lassen.

Filme, Serien, Computergames

CREATIVE Europe ist das zentrale Kulturförderprogramm der EU, und der Programmbereich MEDIA ist für die gesamte audiovisuelle Branche Europas zuständig. Preisgekrönte Filme wie „Aus dem Nichts“ von Fatih Akin oder „Ooops! Die Arche ist weg...“ von Sean

McCormack und Toby Genkel sind mit europäischer Unterstützung entstanden. Neben dem klassischen Film- und Fernsehgeschäft profitieren auch Videogames und virtuelle Realität von der Förderung. Besonderes Augenmerk von MEDIA ist derzeit die Produktion von Serien. So erhielten Serienproduktionen im letzten Jahr Unterstützung, als Hamburger und europäische Produktionsfirmen in der Hansestadt gemeinsam im SERIES LAB HAMBURG an ihren Projekten feilten. Bei der von MEDIA Desk Hamburg organisierten Fachveranstaltung trafen die Produzenten und Produzentinnen auch mit internationalen Finanziers zusammen, die nach neuen Inhalten für ihre Kanäle suchten. Kulturförderung kommt so allen zugute: den Künstlerinnen und Künstlern, den Produzentinnen und Produzenten und am Ende auch dem Publikum.



Grenzen erweitern – für Gleichberechtigung

CREATIVE Europe fördert in Hamburg bedeutende Kulturprojekte, bei denen namhafte Akteure der hiesigen Kulturszene zentralen Themen unserer Gesellschaft Ausdruck verleihen.

So will das Hamburger **Ensemble Resonanz** mit dem Projekt „The Bridge“ gemeinsam mit Streich-Orchestern aus Schottland, Norwegen und einem Partner aus Estland die Grenzen klassischer Musik erweitern. Die Orchester bündeln dabei ihren Ansatz, mit innovativer Musik neben dem klassischen auch ein Publikum zu erreichen, das jünger und aufgrund sozialer Hintergründe eher klassikfern ist. Dieses Ziel hatte bisher jedes Ensemble in Eigenregie verfolgt. „The Bridge“ hat neue Kompositionen in Auftrag gegeben, die verschiedenen Musikstilen und -epochen Rechnung tragen und auf einem Drei-Tages-Festival in Glasgow uraufgeführt werden. Das Ensemble Resonanz steuert außerdem ein Format für Demenzerkrankte bei, das es gemeinsam mit der Elbphilharmonie entwickelt hat.

Das **Reeperbahn Festival** koordiniert die Initiative „Key-change“, an der sich 13 Partnerorganisationen in Europa und Kanada beteiligen. Hier geht es um Gleichberechtigung von weiblichen und diversen Künstlerinnen und Künstlern sowie Innovatorinnen und Innovatoren in der Musik. So sind immer noch 98 Prozent der Produzenten von Popsongs männlich. Gemeinsam mit anderen Festivals arbeitet das Hamburger Unternehmen daran, das Thema publik zu machen, in Workshops zu behandeln und durch eine ausgeglichene Auswahl von Acts zu unterstreichen.

Die Sichtbarkeit von Künstlerinnen und Künstlern mit Behinderung zu fördern, steht im Mittelpunkt des Projekts „Europe Beyond Access“, das **Kampnagel** gemeinsam mit sechs Partnern verfolgt. Menschen mit Behinderung werden oft marginalisiert, auch in der Kunstszene. Nur in Ausnahmen erhalten sie Zugang zu künstlerischen Ausbildungsplätzen und haben daher weniger Chance auf öffentliche Kulturförderung. In den Theatern fehlt es zudem häufig an angemessenen Produktionsbedingungen. Die Partner haben es sich zur Aufgabe gemacht, diese Lücke zu schließen und künstlerische Arbeiten von Menschen mit Behinderung zu beauftragen, zu produzieren und zu präsentieren.

Im europäischen Kooperationsprojekt „ACT: Art, Climate, Transition“, welches Kampnagel mit Partnern aus 10 Ländern umsetzt, werden länderübergreifende Koproduktionen, Ausstellungs- und Diskursformate, Lesungen und kreative Labore realisiert. Der Schwerpunkt des Projekts liegt auf Kunst und Klimawandel und verknüpft die Themen mit Fragen zu globaler Ungleichheit, Klimagerechtigkeit und Stadtökologie. In einer Zeit, in der sich sowohl das ökologische als auch das politische Klima wandelt, zeigen die Netzwerkpartner Möglichkeiten des konkreten Handelns auf – für einen gerechten, globalen Wandel.



Digital zur Europawoche

Holen Sie sich Europa nach Hause. Mit unseren Partnern wollen wir digitale Informations- und Diskussionsformate anbieten, um auch in der aktuellen Lage mit Ihnen über Europas Gegenwart und Zukunft zu reden.

Auf der Webseite www.hamburg.de/europawoche können Sie sich über das Programm der digitalen Europawoche informieren.

Wir laden Sie herzlich zur Teilnahme ein.

